

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses
am 09.07.2019

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Jens Hüsemann
Herr Erwin Jung
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Frank Strothmann

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Erik Brücher
Herr Sven Frischeimer
Herr Dr. Michael Neu
Frau Frauke Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerald Gutwald
Herr Harald Haemisch
Frau Hannelore Pfaff

FDP

Herr Gregor vom Braucke bis 18.00 Uhr
Herr Jan Maik Schlifter ab 18.01 Uhr

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens

Bürgernähe/Piraten

Herr Lars Büsing

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Herr Karl-Hermann Vagt

Von der Verwaltung:

Frau Wellmann - Rechtsamt

Frau Steinkötter - Rechtsamt, Schriftführerin, Tel.: 51-2193

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Henrichsmeier, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Bürgerausschuss beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht genannt.

Zu Punkt 1 **Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Bürgerausschusses am 09.04.2019**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Bürgerausschusses am 09.04.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

-bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 **Beratung von Anregungen und Beschwerden**

Zu Punkt 4.1 **Erhalt "Petristr. 2"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8956/2014-2020

Frau Wellmann trägt vor, dass die Stadt Eigentümerin des Grundstücks sei. Derzeit werde an der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Petristraße/Hakenort gearbeitet. Die planerische Absicht der Neuaufstellung bestehe darin, die Voraussetzungen für eine Nachverdichtung mit zusätzlichem Wohnraum zu schaffen. Die nicht mehr benötigte Straßentrasse solle durch ein Allgemeines Wohngebiet ersetzt werden.

Bei Umsetzung dieser Planung könnten ca. 25 Wohneinheiten entstehen. Zur langfristigen Sicherung von bezahlbarem Mietwohnraum solle ein Viertel der vorgesehenen Wohneinheiten im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Mietwohnungsbaus mit langfristiger Mietbindung vorgesehen werden.

Aufgrund der derzeitigen Eigentumsverhältnisse in diesem Bereich setze eine Nachverdichtung mit Wohnbebauung sowie der Bau einer Fuß- und Radwegeverbindung allerdings noch entsprechende einvernehmliche Grundstücksgeschäfte voraus. Der Entwurfsbeschluss für den B-Plan sei von der BV Mitte im Juni einstimmig bei einer Enthaltung gefasst worden. Der StEA habe in seiner Sitzung am 2. Juli den Entwurf einstimmig beschlossen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum B-Planverfahren könne die Initiative auch Anregungen und Einwände einbringen.

Letztlich handele es sich bei dem Anliegen der Initiative um eine Grundstücksangelegenheit, für die der Rat zuständig sei. Die Verwaltung schlägt daher vor, die Anregung an den Betriebsausschuss ISB als vorberatendes Gremium zu verweisen.

Herr Ridder-Wilkens teilt mit, dass ihm das Anliegen der Initiative aus der BV Mitte bekannt sei. Die Initiative plane auch Finanzmittel aufzutreiben um ihr Anliegen umzusetzen. Das Gebäude sei ein prägendes Gebäude für den Stadtbezirk.

Der BA solle ein Zeichen setzen und die Eingabe an den Rat verweisen, damit ein Grundsatzbeschluss gefasst werden könne.

Herr Jung spricht sich für eine Verweisung an den Betriebsausschuss ISB als zuständigen Fachausschuss aus.

Herr Brücher merkt an, dass einige Aspekte noch überdacht werden müssten und Anregungen der Petenten zu diskutieren seien. Er spricht sich gegen eine Verweisung an den Rat aus.

Ein Vertreter der Initiative meldet sich zu Wort und führt aus, dass im Betriebsausschuss ISB kein Erhalt des Gebäudes zu erwarten sei. Er wünsche sich eine politische Entscheidung im Rat über die Zukunft des Gebäudes.

Eine weitere Vertreterin der Initiative ergänzt, dass die Petristr. 2 der Eingang in das Viertel darstellen würde und stadtteilprägend sei. Es bilde eine architektonische und soziale Einheit mit dem 5. Kanton. Die neu geschaffenen 25 Wohneinheiten würden sich im Übrigen auf das gesamte Baugebiet verteilen und nicht nur auf das Grundstück Petristr. 2. Für einen Erhalt würden auch ökologische Gründe sprechen, da ein Erhalt immer ökologischer als ein Neubau sei. Auch sollten langfristig günstige Mieten garantiert werden. 15 Menschen wollen in dem Gebäude wohnen und es gemeinschaftlich nutzen. In den vergangenen Jahren sei die Volkeningschule ohne Beteiligung der Nachbarschaft abgerissen worden. Es solle nun ein Zeichen gegen den Trend von Neubauten gesetzt werden.

Herr Brücher weist darauf hin, dass der 5. Karton in der Vergangenheit nicht vernachlässigt wurde. So sei ein neuer Sportplatz entstanden und an die Stelle der Schule werde ein Altenheim gebaut, wodurch ältere Menschen in dem Bezirk verbleiben könnten.

Herr Ridder-Wilkens spricht sich erneut für eine Verweisung der Petition an den Rat aus, da der ISB ein Eigenbetrieb mit eigenem Wirtschaftsplan sei und viele Entscheidungen aus finanzieller Sicht treffen würde.

Beschluss:

Die Petition wird an den Rat verwiesen.

-bei 2 Enthaltungen mit Mehrheit abgelehnt-

Sodann fasst der Bürgerausschuss folgenden

Beschluss:

Die Petition wird an den Betriebsausschuss ISB verwiesen.

-mit großer Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Ausrufung des Klimanotstands und Selbstverpflichtung zum Handeln

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8958/2014-2020

Frau Wellmann trägt vor, dass rechtlich betrachtet kein Notstand existiere und die Stadt auch keine Kompetenz habe, einen Notstand auszurufen. Gemeint sei hier wohl eine symbolische Geste, dass der Klimawandel als akute Bedrohung anzusehen und Klimaschutzmaßnahmen dringend erforderlich seien. Es handele sich um eine politische Zielsetzung mit dem Appell, dass es Zeit sei zu handeln.

Über den Antrag sei politisch zu entscheiden. Seitens der Verwaltung werde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dieser Antrag nicht als Dringlichkeitspunkt auf die Tagesordnung für die Ratssitzung am 11. Juli zu nehmen sei. Das sei rechtlich nicht zulässig.

Erweiterungen der Tagesordnung seien gemäß § 48 Abs. 1 Satz 5 GO NRW i.V.m. § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates nur dann zulässig, wenn es sich um Angelegenheiten handeln würde, „die keinen Aufschub dulden oder die von äußerster Dringlichkeit“ seien.

Diese unbestimmten Rechtsbegriffe seien voll gerichtlich überprüfbar. Nach der Rechtsprechung seien die Voraussetzungen restriktiv zu sehen. Sie seien dann erfüllt, wenn eine sofortige Entscheidung des Rates geboten sei, weil sonst irreversible Nachteile für die Gemeinde eintreten würden. Dies sei nur dann der Fall, wenn eine Beratung und Entscheidung in der nächsten Ratssitzung zu spät sei.

Ein solcher Fall der Dringlichkeit läge hier nicht vor. Über den Klimanot-

stand könne auch in der Ratssitzung nach der Sommerpause entschieden werden, ohne dass irreparable Schäden innerhalb dieser Zeit entstehen würden.

Die Folge eines Verfahrensverstößes sei regelmäßig, dass der Rat Angelegenheiten, die nicht in der Tagesordnung stünden, nicht wirksam beschlussmäßig behandeln könne. Ein dennoch gefasster Beschluss sei i.d.R. wegen eines Verfahrensverstößes unwirksam.

Hintergrund sei, dass diese Vorschriften sowohl den Interessen der Allgemeinheit diene, als auch eine sachgerechte Vorbereitung der Ratsmitglieder und Fraktionen auf die zu behandelnden Angelegenheiten sicherstellen solle und damit letztlich auch die von einer Entscheidung des Rats Betroffenen schütze.

Der Sprecher der Initiative führt aus, dass er 15 Jahre alt sei und seit der Gründung von „Fridays-for-Future“ dabei sei. Er wünsche sich eine natürliche und schöne Zukunft, es sehe jedoch nicht gut aus. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse seien seit den 90iger Jahren bekannt, die Politik und die Öffentlichkeit habe versagt.

Bielefeld habe schon viel getan, aber es sei noch nicht genug. Ganze Generationen würden Angst vor der Zukunft haben. Er habe alle seine Hobbys aufgegeben, um sich zu 100 % für „Fridays-for-future“ einzusetzen. Die Regenwälder würden schrumpfen, alles würde zugrunde gehen, wenn die Politik nichts täte. Die Ausrufung des Klimanotstandes würde zeigen, dass die Forderungen akzeptiert würden. Es müsse Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, Bielefeld solle Vorreiter sein. Es sei „time to change the world“.

Eine weitere Sprecherin der Initiative ergänzt, dass sie 17 Jahre alt sei und der Antrag der erste Schritt sei. Es müsste gemeinsam mit der Politik nach Lösungen gesucht werden, jeder solle seinen Beitrag leisten. Der Antrag werde oft als Symbolpolitik abgetan, aber er sei ein wichtiger Schritt. Er müsse ernstgenommen werden und Vorbild für andere Kommunen sein.

Auch wenn die SPD bemängelt habe, dass der Antrag zu detailliert sei, sei anzumerken, dass die Vorschläge Handlungsempfehlungen seien. Opfer wie zu hohe Ausgaben oder Verlust von Arbeitsplätzen gebe es immer. Da es um das Überleben ginge, seien diese Opfer gering. Über den Antrag solle per Dringlichkeitsbeschluss am Donnerstag im Rat entschieden werden.

Herr Frischemeier spricht sich für eine Unterstützung des Antrags aus und freut sich über das Engagement der jungen Leute. Der Klimawandel sei das Problem unserer Zeit. Bielefeld habe schon viel getan, aber es müsse mehr getan werden und dies sei der klügste Weg das Thema hoch aufzuhängen.

Er befürwortet eine Verweisung an den Rat und an die zuständigen Fachausschüsse.

Herr Jung bedankt sich ebenfalls für das Engagement der Initiative und stimmt Herrn Frischemeier grundsätzlich zu. Da aber rechtlich keine Dringlichkeit gegeben sei, schlägt er eine Verweisung an den HWBA vor.

Frau Pfaff spricht den Petenten ihren Dank aus und führt aus, dass jeder seinen Teil dazu beitragen müsse, vorhandene Lösungen umzusetzen, sowie sich auf einen jahrzehntelangen gemeinsamen Weg zu machen.

Dieser Weg könne nur unumkehrbar sein. Er sei eine Selbstverpflichtung, der sich niemand entziehen dürfe.

Die Stadt Bielefeld befinde sich in bester Gesellschaft mit Ländern wie Frankreich, Kanada, Australien, Großbritannien und Irland. Diese Staaten hätten bereits den Klimanotstand ausgerufen. Aber auch Städte wie Los Angeles oder Aachen, Bochum, Düsseldorf, Münster und unserer Nachbarstadt Herford. Die Liste würde fast täglich länger. Düsseldorf habe sich darüber hinaus bereits verpflichtet, bis 2035 klimaneutral zu sein.

Im letzten Jahr habe der Rat der Stadt Bielefeld das „Handlungsprogramm Klimaschutz 2050“ verabschiedet und bereits zum wiederholten Mal sei unsere Stadt mit dem „European Energy Award“ in Gold ausgezeichnet worden. Dennoch erfordere die sich verschärfende Klimakrise ein noch schnelleres und entschiedeneres Handeln.

Frau Pfaff führt weiter aus, dass die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit ab jetzt unter Klimaschutzaspekten oberste Priorität für unser kommunales Handeln haben müsse.

Der Begriff „Klimanotstand“ sei kein eingeführter Rechtsbegriff, sondern die global verwandte symbolische Vokabel für die Dringlichkeit des Handelns und beinhalte keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen. Es gehe nicht um die Abschaffung von verfassungsrechtlich verankerten Grundrechten. Juristische Scheingefechte seien unnötig, es müsse sich inhaltlich mit der Anregung befasst werden. Den „Notstand“ auszurufen bedeute, einen akuten politischen Handlungsdruck herzustellen. Frau Pfaff zitiert einen Satz aus dem Internet: „Du kannst nicht sagen das Haus brennt, aber die Feuerwehr rufe ich in fünf Jahren.“

Der Begriff „Notstand“ beinhalte, dass sich die Politikerinnen und Politiker, bei jedem Beschluss im Voraus fragen müssten, ob es eine verbundene quantifizierbare Auswirkung auf den Klimaschutz gebe.

Frau Pfaff ergänzt, dass sie hoffe, dass die vorliegende Anregung angenommen werde, obwohl sie vermeintlich aus dem Spektrum der Grünen oder sogar aus dem ungeliebten Bereich außerparlamentarischer Proteste verschiedenster Umweltaktivisten komme.

Noch unsinniger erschiene es ihr, die Inhalte zur Bewegung des Klimanotstandes zu diffamieren bzw. zu diskreditieren, weil sich die etablierten Politikerinnen und Politiker von den jungen Akteuren der Fridays-for-Future-Bewegung vorgeführt fühlten.

Die vorliegende Anregung sei nichts anderes, als das berechtigte Verlangen, auf internationaler Ebene von Staaten diskutierte und bereits beschlossene Klimaschutzziele, wie dem des Pariser Klimaschutzabkommens (Paris 2015) umzusetzen und weiterzuentwickeln. Sie sei die konsequente Umsetzung auf kommunaler Ebene. Jede und jeder solle sich dem in seiner politischen Funktion verpflichtet fühlen.

Es gelte mehr denn je: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“!

Frau Pfaff spricht sich für eine Weiterleitung der Petition an den Rat aus.

Herr vom Braucke stimmt nicht jedem Punkt des Antrags zu und befürwortet eine inhaltliche Diskussion des Antrags in den Fachausschüssen. Die Verwendung des Begriffs „Notstand“ empfindet er als schwierig. Es solle weniger mit Angst diskutiert werden als ein gemeinsamer Weg ge-

sucht werden.

Herr Ridder-Wilkens unterstützt den Antrag in voller Gänze. Die Bundesregierung sei gelähmt, es gebe keine vernünftigen Gesetze. Die Kommunen müssten Druck auf die Regierung ausüben. Punkt A der Petition solle per Dringlichkeit am Donnerstag in den Rat. Über die anderen Punkte könne nach der Sommerpause gesprochen werden.

Herr Büsing bedankt sich bei den Petenten und auch für ihr Engagement in den vergangenen Wochen. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre müssten in Angriff genommen werden. Daher unterstütze er den Antrag von Herrn Frischemeier.

Herr Jung weist erneut darauf hin, dass ein Beschluss im Rat am Donnerstag nichtig sei. Es sei rechtlich sicherer, die Petition an die Fachausschüsse zu verweisen.

Frau Pfaff merkt an, dass sie von den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss und im Rat enttäuscht sei. Es liege eine dringende Bitte der Bürgerinnen und Bürger vor. Diese sei berechtigt und werde nicht, oder nur „erst mal“ ansatzweise aufgenommen.

Der gesamte Antrag solle positiv abgestimmt und an den Rat verwiesen werden. Die Konkretisierung könne dann immer noch durch die Fachausschüsse erfolgen.

Da sie für die Verweisung des gesamten Antrags an den Rat hier offensichtlich keine Mehrheit erhalten werde, befürwortet sie die Version, erst einmal den 1. Punkt zur Abstimmung in den Rat zu geben.

Herr Frischemeier stellt klar, dass er Punkt A an den Rat verweisen möchte und die Punkte B bis I an die Fachausschüsse. In der Ratssitzung am Donnerstag werde die SPD zu Punkt 14 der Tagesordnung einen Ergänzungsantrag stellen, der dem Punkt A der Petition entspreche.

Herr vom Braucke hält die Vorgehensweise für reine Symbolpolitik.

Herr Ridder-Wilkens stimmt Herrn Frischemeier zu, allerdings möchte er alle Punkte der Petition an den Rat verweisen.

Der Sprecher der Initiative ergänzt, dass es nichts Dringlicheres als den Klimanotstand gebe.

Beschluss:

Die Petition wird an den Rat verwiesen.

-mit Mehrheit abgelehnt-

Sodann fasst der Bürgerausschuss folgenden

Beschluss:

Teil A der Petition wird an den Rat verwiesen.

-mit Mehrheit beschlossen-

Sodann fasst der Bürgerausschuss folgenden

Beschluss:

Die Teile B bis I der Petition werden an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

-mit Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5

Jahr der Demokratie

Herr Büsing schlägt vor, dass eine Sitzung an einem öffentlichen Ort abgehalten werden könne.

Frau Biermann gibt zu bedenken, dass es schwierig sein könne, ein interessantes Thema zu finden, da die Eingaben nicht gesteuert werden könnten.

Herr Schlifter stimmt zu, dass das Risiko bestünde, dass die Tagesordnung der ausgewählten Sitzung nicht interessant oder auch sehr kurz sein könne.

Herr Ridder-Wilkens regt an, am Tag der offenen Tür einen Informationsstand zu errichten und die Arbeit des BA zu erläutern.

Herr Büsing befürwortet den Vorschlag von Herrn Ridder-Wilkens.

Herr Schlifter ergänzt, dass bei den Fraktionen abgefragt werden solle, wer am Tag der offenen Tür teilnimmt und den Stand betreut.

-.-.-

Zu Punkt 6

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Der Bericht der Verwaltung wird aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben.

Gerhard Henrichsmeier

Katrin Steinkötter
(Schriftführerin)